Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 7.50.

Die Morgen-Ausgabe erscheint täglich mit Ausnahme nach Sonn- und Festtagen ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannesgasse 8.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Anzeigen:
(nur Wochentags)
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

№ 458. Sonntag den 22. September 1895. 89. Jahrgang.

Die nächste Nummer erscheint am Montag Abend.

Anzeigen für diese Nummer, welche in erweitertem Umfange ausgegeben wird, werden bis Montag früh 10 Uhr angenommen.

Amtliche Bekanntmachungen.

Oeffentliche Sitzung der Stadtverordneten

Mittwoch, den 25. September 1895, Abends 6½ Uhr.
im Sitzungssaale am Naschmarkte.

Tagesordnung:

I. **Bericht des Bau-, Oekonomie- und Finanzausschusses über:** a. Rückäußerung des Rathes auf den Antrag des Collegiums wegen des gegenüber dem ehem. Eutritzscher Chausseehause zu errichtenden Volksbrausebades; b. Ankauf von 30 qm Areal von der Parcelle Nr. 309 des Flurbuchs für Fuchshain; c. Verkauf einer auf dem Plane T. V. 7483 mit a, b bezeichneten Strecke eines Feldbaumwegs an das Kirchenlehn Leipzig-Eutritzsch; d. Ankauf der Parcelle Nr. 238 des Flurbuchs für Leutzsch.

II. **Bericht des Bau- und Finanzausschusses** über ein Abkommen mit Herrn Glitzner wegen Einrichtung und Betrieb eines Volksbrausebades in dem Glitzner'schen Grundstück in Leipzig-Neuschönefeld.

III. **Bericht des Bauausschusses über** a. Nachverwilligung für Ausführung von Bauarbeiten im Grundstück des Irrenfischenhauses à Conto 7 Specialconto D I Pos. 14 „außerordentlich" des diesjährigen Haushaltsplans; b. Legung einer Rohrleitung des städtischen Wasserwerks im Kuhthurmgrundstücke; c. Ausführung von Bauarbeiten im vormaligen Rathhause zu Leipzig-Plagwitz; d. Vergütung eines Minderertrages der Ernte auf einem zum Rittergut Großzössen gehörigen Feldgrundstücke, durch welches der neue Wasserleitungskanal bei Naunhof geführt worden ist.

IV. **Bericht des Bau- und Oekonomieausschusses über:** a. Abbruch der Baulichkeiten des vormaligen Kupicher'schen Grundstücks in Leipzig-Volkmarsdorf, Torgauer Straße Nr. 3; b. Aenderung der Fluchtlinie an der Südseite des Täubchenweges und Ausführung verschiedener Herstellungen daselbst, sowie am Rabensteinplatze; c. Abänderung der Verbreiterung der Elisabethallee.

V. **Berichte des Oekonomie- und Finanzausschusses über:** a. Abhaltung der Bahnhofstraße; b. Abrechnung über die Pflasterung der Moltkestraße zwischen der Elisen- und der Bayerischen Straße.

VI. **Bericht des Oekonomie-, Bau- und Finanzausschusses über** die Mittheilungen des Rathes über seine Stellungnahme zu der Frage: die Anlegung von Elster-Bassins betr.

VII. **Bericht des Oekonomieausschusses** über Gewährung der üblichen Entschädigung für Herstellung der Fußwege auf einer Strecke der südlichen Seite der Reitzenhainer Straße mit Granitplatten.

VIII. **Bericht des Finanzausschusses über:** a. Gewährung des Betrages eines früher bezogenen Jagdpachtes aus den Mitteln der Kirchgemeinde an den Pfarrer der Parochie Leipzig-Lindenau; b. Pensionsordnungen für die kirchlichen Unterbeamten der Parochien Leipzig-Reudnitz, -Gohlis, -Anger-Crottendorf und -Neustadt-Neuschönefeld; c. Ueberweisung des bei der Parochialparcasse Schönefeld zu Leipzig-Reudnitz im Jahre 1894 erzielten Ueberschusses an den Schulbaufonds.

IX. **Bericht des Schulausschusses** über verschiedene Stiftungsrechnungen.

X. **Bericht des Schul- und Bauausschusses über:** a. die Abrechnung über den Neubau der Abortanlage und der Turnhalle an der 22. Bezirksschule in Leipzig-Lindenau; b. die Abrechnung über den Erweiterungsbau der Turnhalle der VI. Bürger- und 6. Bezirksschule; c. die Abrechnung über den Anbau des rechten Flügels der 19. Bezirksschule in Leipzig-Eutritzsch; d. Einbau einer Wohnung für den Aufseher der XIII. Bürgerschule in das Gebäude der 24. Bezirksschule.

XI. **Bericht des Stiftungs- und Oekonomieausschusses über:** a. Herstellung des Fußweges vor der dem Johannishospitale gehörigen, an der Mühlstraße in Leipzig-Reudnitz gelegenen Parcelle Nr. 297d; b. die Abrechnung über die im Jahre 1893 auf dem Stiftgute in Dösen ausgeführten baulichen Reparaturen; c. die Abrechnung über die im Jahre 1893 auf dem Rittergute Plaußig ausgeführten Reparaturen und den Neubau eines Arbeiterwohngebäudes daselbst.

XII. **Bericht des Stiftungs- und Finanzausschusses** über Nachverwilligung zu Specialbudget „Armenwesen" Specialconto D I Pos. 27 des Haushaltsplanes auf das Jahr 1895.

XIII. **Bericht des Stiftungsausschusses** über die Rechnung über die Verwaltung des Schocht'schen Seifts in Leipzig-Gohlis auf das Jahr 1894.

XIV. **Bericht des Verkehrsausschusses** über die Mittheilungen des Rathes, daß er Abhand nehme, den internationalen Productenmarkt wieder stattfinden zu lassen.

Bekanntmachung.

Wegen Schleußenbaues wird
die Langestraße im Stadtbezirke L.-Connewitz
in ihrer Ausdehnung von dem Trenkengraben bis zur Probstheidaerstraße
vom 24. dieses Monats ab
auf die Dauer der Arbeiten für allen Fahrverkehr gesperrt.
Leipzig, den 21. September 1895.
Der Rath der Stadt Leipzig.
IX. 5109. Dr. Georgi. Stahl.

Bekanntmachung.

Wegen Schleußenbaues wird
die Lützener Straße im Stadtbezirke L.-Lindenau
in ihrer Ausdehnung von der Schippe bezw. Gartenstraße bis zur Querstraße
vom 23. dieses Monats ab
bis auf Weiteres für den durchgehenden Fahrverkehr gesperrt.
Leipzig, den 20. September 1895.
Der Rath der Stadt Leipzig.
IX. 5088. Dr. Georgi. Stahl.

Steckbrief.

Gegen den unten beschriebenen, am 20. November 1861 in Stötteritz bei Leipzig geborenen Kaufmann **Hugo Franz Lauterbach**, welcher flüchtig ist, ist die Untersuchungshaft wegen Untreue, Unterschlagung und betrüglichem Bankrutts verhängt.

Es wird ersucht, denselben zu verhaften und in das nächste Gerichtsgefängniß abzuliefern.

Leipzig, den 21. September 1895.
Der Untersuchungsrichter bei dem Königlichen Landgerichte.
Haußner.

Beschreibung. Alter: 33 Jahre, Größe: ca. 1,70 m, Statur: schmächtig, Haare: schwarz und kurz geschnitten, Gesicht: länglich und abgelebt, Bart: schwarzer Schnurrbart, starker Bartwuchs, Augen: schwarz.

Bekanntmachung.

In neuerer Zeit sind in hiesiger Stadt in verschiedenen Restaurationslocalitäten sogenannte **Würfelautomaten** zur Aufstellung gelangt, ohne daß hierfür die polizeiliche Erlaubniß nachgesucht worden ist. Das Polizeiamt sieht sich daher veranlaßt, darauf hinzuweisen, daß das Aufstellen der genannten Apparate, welche dem Glücksspiele dienen, ohne polizeiliche Genehmigung nach §. 286 Abs. 2 des Reichsstrafgesetzbuchs strafbar ist, und daß daher jeder Aufsteller eines Würfelautomaten, sowie jeder Inhaber eines Restaurationslocales, in dem sich einer der gedachten Apparate bereits befindet, **sofort** zur Vermeidung weiteren strafrechtlichen Einschreitens um Genehmigung zur Aufstellung, bez. zum ferneren Stehenlassen eines Würfelautomaten bei der unterzeichneten Behörde nachzusuchen hat. Darüber, ob diese Erlaubniß zu ertheilen ist, behält man sich für jeden einzelnen Fall Entschließung vor.

Leipzig, den 20. September 1895.
Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
D. R. 4443. Bretschneider. Dr. Heyn.

Ausschreibung.

Für den Neubau eines **Metz-Gebäudes** auf dem Areale des alten Gewandhauses in Leipzig sollen die
1) **Dachdecker-,**
2) **Klempner- und**
3) **Blitzableitungsarbeiten**
verdungen werden.

Die Anschlagsformulare nebst Bedingungen können im Baubureau, Kramerhaus, Kupfergäßchen Nr. 1, 2. Obergeschoß, gegen Zahlung von 2 ℳ zu 1) und 1 ℳ zu 2) und 3) entnommen, sowie die Zeichnungen dort eingesehen werden.

Die Angebote sind **bis zum 30. September d. J.,** Vormittags 10 Uhr an obengenannter Stelle abzugeben.

Die Auswahl unter den Bewerbern, die Theilung der Arbeiten, sowie die Ablehnung sämmtlicher Angebote wird vorbehalten.

Leipzig, am 21. September 1895.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Ch.

Ausschreibung.

Für den Neubau der 13. Bezirksschule in Leipzig-Lindenau an der Eisenbahn- und der Demmeringstraße soll die Ausführung bezw. die Lieferung vergeben werden:
a. der **Glaserarbeiten,**
b. der **Tischlerarbeiten,**
c. der **Schlosserarbeiten,**
d. der **Schulbänke,**
e. des übrigen **Schulmobiliars.**

Die Bedingungen und Arbeitsverzeichnisse für diese Arbeiten, ebenso die Pläne u. s. w. liegen bei unserer Hochbau-Verwaltung, Rathhaus, 2. Obergeschoß, Zimmer Nr. 7, aus und können dort eingesehen, auch die ersteren gegen Entrichtung von 2,50 ℳ zu a., 2 ℳ zu d., 1 ℳ zu b., c. und e., die auch in Briefmarken, unter Zuschlag des Mehrportos, eingesandt werden können, entnommen werden.

Die Angebote sind versiegelt und mit der Aufschrift:
13. Bezirksschule — Glaserarbeiten u. s. w.
versehen, an oben bezeichneten Geschäftszimmer portofrei bis zum **1. October d. Js., Vormittags 10 Uhr** einzureichen.

Die Auswahl unter den Bewerbern, die Theilung der Arbeiten, sowie die Ablehnung aller Angebote wird vorbehalten.

Leipzig, am 21. September 1895.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Th. 4486. Dr. Georgi. Ch.

Bekanntmachung.

Die Fußwegherstellung auf dem durch die Promenade verlängerten **Neumarkte** ist vergeben worden.

Die nicht berücksichtigten Bewerber werden aus ihren Angeboten hierdurch entlassen.

Leipzig, den 14. September 1895.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Ic. 4263. 1462. Dr. Georgi. Qu.

Bekanntmachung.

Die bei Aufstellung von 5 öffentlichen dreiständigen Pißanstalten erforderlich werdenden **Erd- und Maurerarbeiten** sollen an einen Unternehmer verdungen werden.

Die Bedingungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, 2. Obergeschoß, Zimmer Nr. 23 aus und können dort eingesehen oder gegen Entrichtung von 50 ₰, die auch in Briefmarken eingesendet werden können, entnommen werden.

Bezügliche Angebote sind versiegelt und mit der Aufschrift:
„Erd- und Maurerarbeiten für 5 öffentliche Pißanstalten"
versehen in dem obenbezeichneten Geschäftszimmer **bis zum 28. ds. Mts.** 5 Uhr Nachm. einzureichen.

Der Rath behält sich das Recht vor, alle Angebote abzulehnen.

Leipzig, den 20. September 1895.
Des Rathes der Stadt Leipzig
Straßenbaudeputation.
Ic. 4553.

Brennholzauction.

Mittwoch, den 25. September d. Js. sollen von Nachmittags 3 Uhr an im **Forstreviere Connewitz** in der sogenannten Nonne

ca. 150 Haufen klein gemachtes, trockenes eichenes Stockholz

unter den öffentlich im Termine aushängenden Bedingungen und der üblichen Anzahlung an den Meistbietenden verkauft werden.

Zusammenkunft: an der sogenannten nassen Wiese.

Leipzig, am 20. September 1895.
Des Raths Forstdeputation.

Pflaster-Arbeiten.

Die zur Herstellung eines Schienengeleises von der Ecke der Aeußeren Tauchaer Straße und der Ludwigstraße in Leipzig bis zur Kreuzung der Eisenbahnlinien Leipzig-Dresden und Halle-Sorau-Guben bei Paunsdorf erforderlichen Erd- und Pflasterarbeiten, sowie die Herstellung von ungefähr 30 Stück gemauerten Einsteigschächten sind — im Ganzen oder die Erdarbeiten und die Arbeiten zur Herstellung der Einsteigschächte besonders — zu vergeben.

Eine Zusammenstellung der Bedingungen ist bei der Ober-Postdirection in Leipzig — Zimmer 252 — einzusehen oder gegen 60 ₰ Schreibgebühr zu beziehen.

Unternehmer haben ihre Angebote unter der Aufschrift: „Unterirdische Telegraphenlinie in Leipzig", verschlossen und frankirt bis zum 1. October, Vormittags 11 Uhr, an die Ober-Postdirection hier einzusenden, wo die Eröffnung der Angebote zu dem angegebenen Zeitpuncte in Gegenwart der etwa erschienenen Anbieter erfolgen wird.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.
Geheimer Ober-Postrath Walter.

Die städtische Sparcasse

beleiht Werthpapiere unter günstigen Bedingungen.
Leipzig, den 1. Februar 1895.
Die Sparcassen-Deputation.

Versteigerung.

Dienstag, den 24. September 1895, Vormittags 10 Uhr, sollen im Auctionslocale des hiesigen K. Amtsgerichts: Broschen, Armbänder, Ringe, 6 silberne Kaffeelöffel, Becher- und Banduhren, 3 Operngläser, 2 Fruchtschalen, Etuis und Brillenfutterale, 1 Geldschrank, 1 Nähmaschine, Pianinos, 1 Billard, 1 Camera mit Stativen, 1 Federwagen, 1 Coupirmaschine, kieferne Pfosten, Lehrtafeln, Waarenregale, Dreh- und Hobelbänke, Möbel u. d. A. meistbietend gegen Baarzahlung versteigert werden.

Leipzig, am 21. September 1895.
Der Gerichtsvollzieher des K. Amtsgerichts das.
Wachs, Actuar.

Bekanntmachung,

die Anmeldung zum evang.-luther. Confirmanden-Unterricht der Heil. Kreuz-Parochie betreffend.

Alle in **Leipzig-Neustadt-Neuschönefeld** wohnenden Kinder, welche **Ostern 1896** confirmirt werden sollen, haben sich, wenn irgend thunlich, in **Begleitung ihres Vaters oder ihrer Mutter,** an den nachverzeichneten Tagen bei einem der beiden Parochialgeistlichen unter **Beibringung einer Geburts- und Taufbescheinigung** zum Confirmanden-Unterricht anzumelden.

Beide Geistliche nehmen zu **derselben Zeit,** nämlich:
Montag, den 7. October 1895, Nachm. von 4—6 Uhr
Dienstag, „ 8. „ „ „ „ 4—6 „
Mittwoch, „ 9. „ „ „ „ 2—4 „
Anmeldungen entgegen und zwar:
Pfarrer **Pache** in der **Kirchen-Expedition,**
Diac. **Richter** im **Beichthaus der Kirche** — Eingang zur nordöstlichen Thür.

Leipzig-Neustadt, am 20. September 1895.
Das Pfarramt zum Heil. Kreuz.
Pache, Pfarrer.

Aus der Woche.

Q. Man hat die Frage aufgeworfen, wie die Krisengerüchte der letzten Tage wohl ihre Entstehung genommen haben mögen, und ist dabei auch auf England verfallen. Hierin hat man aber ausnahmsweise den „Bettern" Unrecht gethan. Die Quelle jener Nachrichten war die Luft, und die sie dort herausgriffen, sind Leute, die keine finsteren Absichten verfolgten, sondern nur ein Object für ihr Schreibbedürfniß haben wollten. Das diesen Braven an dieser Stelle bereits ausgestellte Zeugniß der Frivolität soll aber durch diese Erklärung ihres Thuns keineswegs abgeschwächt werden. In einer Hinsicht hatte die Hereinziehung Englands übrigens einen „Sinn". Eine demokratische Zeitung nämlich, die dem Freiherrn v. Marschall wegen seiner Vertretung der Handelsverträge nicht das einem hohen Staatsbeamten regelmäßig gebührende volle Maß demokratischer Abneigung zuwendet, hat versichert, die Stellung des Staatssecretairs des Auswärtigen sei gefährdet, weil man in England mit ihm nicht zufrieden sei. Das war ausgestreut in der Absicht, das nationale Selbstgefühl, das jenem Blatte selbst als ein Hohn auf die Cultur des 19. Jahrhunderts erscheint, im Interesse des Freiherrn v. Marschall anzuregen. Er hatte es gar nicht nöthig und die Demokratie hat ganz umsonst den bösen Schein auf sich geladen, als ob sich ihre Vorstellung von der natürlichen Weltführerschaft des Vaterlandes Gladstone's und sonstiger großer alter Männer abgeschwächt hätte.

Wie die Krisenerzählungen völlig unbegründet waren, so ist auch Alles erfunden, was über die Ursachen einer Kanzlerkrisis berichtet worden war. Es hat über die Frage einer gesetzgeberischen Action gegen die Socialdemokratie keine Meinungsverschiedenheit zwischen dem Kaiser und dem Fürsten Hohenlohe bestanden. Vielmehr herrscht Uebereinstimmung darüber, daß während der nächsten Reichstagssession von preußischer Seite in dieser Richtung weder auf dem Boden des gemeinen Rechts, noch auch durch die Einbringung eines Ausnahmegesetzes beim Bundesrathe etwas unternommen werden soll. Man ist auch an der obersten Stelle der Ansicht, daß die allgemeine innerpolitische Lage einem gesetzgeberischen Vorgehen zur Zeit nicht günstig sei. Selbstverständlich wird man aber auch die Ansichten der verbündeten Regierungen zu erfahren und mit ihnen zu einer Uebereinstimmung zu gelangen suchen.

Recht überraschend ist die Meldung der Berliner „Post" gekommen, im Reichsschatzamt werde ein Tabaksteuergesetzentwurf ausgearbeitet, um damit die Grundlage für eine Reichsfinanzreform zu schaffen. Daß die Regierungen an dem Reformgedanken festhielten, war wohl bekannt und eigentlich selbstverständlich, denn der in Preußen, Bayern und anderen Staaten augenblicklich etwas weniger bedrohlich gewordene Stand der Finanzen kann nur einen von dem Gefühl seiner Unverantwortlichkeit ganz durchdrungenen Freisinnigen beruhigen. Zudem liegt selbst jenem Zustande der Deficitlosigkeit eine Sparsamkeit im Staatshaushalt zu Grunde, die, in Preußen wenigstens, zu einer an manchen Stellen geradezu beschämenden Vernachlässigung hochwichtiger staatlicher Aufgaben geführt hat. Wir erinnern nur an die hohe Selbstbefriedigung, mit der der Cultusminister Bosse, nachdem er aus Anlaß der Vorfälle im Alexianerkloster Mariaberg die Ueberwachung der Irrenanstalten als eine höchst reformbedürftige bezeichnet hatte, dem Abgeordnetenhause mittheilte, daß es ihm gelungen sei, den Finanzminister zu bestimmen, jährlich 8000 ℳ, schreibe achttausend Mark, für diesen Zweck flüssig zu machen. Trotzdem hatte man nicht mehr erwarten zu sollen geglaubt, daß die Regierungen ein drittes Mal den Versuch machen würden, Trauben von dem Dornengestrüpp dieses 1893er Reichstags zu lesen. Ist es doch völlig klar geworden, daß es der Mehrheit vor Allem darum zu thun ist, eine Reichs-Finanzreform, auch eine mit den geringsten Steueropfern zu erreichende, zu verhindern, eben weil man im Reiche nicht reformiren, d. h. befestigen will. Es scheint aber, als ob ein erneuter Anlauf hauptsächlich deshalb unternommen werden sollte, weil man die erwähnte „Sparsamkeit" nicht mehr verantworten zu können glaubt und der Beschaffung von Mitteln durch die Convertirung der Staatsschuld sich Schwierigkeiten entgegen gestellt haben.

Herr Stöcker ist auf der ganzen Linie zur Offensive übergegangen. Das Ansinnen an die Leitung der conservativen Gesammtpartei, einen ihm (Stöcker) das ungeminderte Vertrauen votirenden Beschluß eines localen Parteiausschusses in dem officiellen Parteiorgan zu veröffentlichen, ist ein starkes, natürlich von keinem Andern als Herrn Stöcker selbst geleistetes Stück. Ob diese Verwegenheit nicht doch auf einer Ueberschätzung der Stärke seiner Position beruht, bleibt abzuwarten. Daß die Parteileitung sich der Zumuthung nicht fügen wird, kann ohne Weiteres angenommen werden. Es fragt sich nur, in welcher Form sie die Ablehnung erfolgen läßt; an ihr wird man erkennen, ob Stöcker seinem Zweck, die ihm nicht holden Elemente in der Partei nach dem Vorbilde seines im Verlust gerathenen Mitstreiters Hammerstein durch Verbreitung von Furcht niederzuzwingen, erreicht hat oder nicht. Wenn die conservative Partei den Rath des „Reichsboten", die „Methode zu revidiren", befolgen will, wird ihr Herr Stöcker durch seinen Pressionsversuch den Entschluß erleichtert haben. Freilich sollte man meinen, es hätte ihr auch bisher nicht allzu schwer fallen können. Sie wird hoffentlich zu vornehm sei, um es gelten zu lassen, daß die maßlose Hetze der Freisinnigen sie — durch die Erzeugung eines Rückschlags — behindert habe, oder gar die rückhaltlose Kennzeichnung des Frhrn. v. Hammerstein, die auch von anderer Seite erfolgt ist. Da wir wieder bei dieser Persönlichkeit angelangt sind, so mag noch festgestellt werden, daß es nichts als Klatsch ist, wenn die demokratische Presse andeutet oder gar behauptet, Hammerstein habe auf Hintertreppen Fühlung mit der höchsten Stelle unterhalten können. Das war zu keiner Zeit möglich. Dort war für ihn seit Jahren nichts als tiefstes Mißtrauen übrig, und nirgends mag man von dem Ausgange des Mannes weniger überrascht gewesen sein, als an jener Stelle.

Deutsches Reich.

* **Leipzig,** 21. September. Die „Leipz. Volksztg." berichtet: Der Reichstagsabgeordnete Seifert erhielt von seinen Wählern durch einen Beschluß der Parteiversammlung im 19. sächsischen Wahlkreise (Schneeberg-Stollberg) ein „Vertrauensvotum". Die Versammlung erklärte: „In Erwägung, daß sein Verhalten am 2. September in Chemnitz „hinlänglich geklärt" ist, spricht die Versammlung sich dafür aus, daß das Vertrauen in unseren Genossen Seifert durchaus nicht erschüttert ist."

B. C. **Berlin,** 21. September. Die Verhandlungen im Reichstage über Gewährung von Beihilfen und Unterstützungen an Kriegsveteranen haben zu Tage treten lassen, daß über den gegenwärtigen Bestand des Reichsinvalidenfonds vielfach unrichtige Auffassungen bestehen. Der Fonds ist durch Reichsgesetz vom 23. Mai 1873 zu dem Zweck geschaffen, die Bestreitung derjenigen Ausgaben sicherzustellen, welche dem Reiche in Folge des Krieges von 1870/71 nach dem Gesetze, betreffend die Pensionirung und Versorgung der Militairpersonen ꝛc., vom 27. Juni 1871 zur Last fallen. Die Höhe des Fonds ist damals auf 187 Millionen Thaler = 561 Millionen Mark bemessen worden. Zur Bestreitung der Ausgaben sollten alljährlich seine Zinsen und ein Theil des Capitalbestandes derart verwendet werden, daß der Fonds unter allen Umständen bis zum Aussterben des letzten Empfangsberechtigten zulänglich wäre. Laut der neuesten, auf den Stand am 30. Juni 1894 bezüglichen Bilanz besaß der Fonds nach einem Activbestand von rund 442 Millionen. Diesem steht der Capitalwerth der dem Fonds obliegenden Verbindlichkeiten mit rund 359 Millionen gegenüber, so daß sich rund 83 Millionen Mark Ueberschuß ergeben. Von der letzteren Summe sind inzwischen durch das Reichsgesetz vom 22. Mai 1895, welches insbesondere Beihilfen für gänzlich erwerbsunfähige und bedürftige Kriegsveteranen vorsieht, etwa 40 Millionen gebunden. Hierunter ist derjenige Capitalbetrag zu verstehen, welcher erforderlich ist, um durch alljährliche Verwendung seiner Zinsen und eines Theils des Capitals die aus dem letztbezeichneten Gesetz sich ergebenden Ausgaben zu bestreiten, und zwar so, daß dieser Capitalbetrag mit dem Aussterben des letzten Empfangsberechtigten aufgezehrt sein soll. Somit verbleibt von jenen 83 Millionen Ueberschuß nur noch ein Capital von 43 Millionen Mark. Letzteres würde — ebenfalls unter dem Gesichtspuncte des allmählichen Aufzehrens bis zum Aussterben des letzten Empfängers im jährliche Aufwendungen umgesetzt und unter fernerer Berücksichtigung der Möglichkeit, daß die gegenwärtigen Geldverhältnisse zu einem Rückgang des Zinsfußes führen können — eine Summe ergeben, die zur Deckung von künftig vielleicht eintretendem Mehrbedarf für einige bereits gesetzlich festgelegte Ausgabezwecke nur etwa ausreichen möchte. Aus Vorstehendem erhellt, daß die Annahme, man könne mit so zu sagen ungemessenen Mitteln des Fonds rechnen und darauf weitere, über die gegenwärtig feststehenden Ausgabezwecke hinausgehende Ansprüche an denselben stützen, völlig ungerechtfertigt ist.

△ **Berlin,** 21. September. Die „Nordd. Allg. Ztg." hat aus Anlaß einer in einer Berliner Schwurgerichtsverhandlung zu Tage getretenen Meinungsverschiedenheit zweier irrenärztlicher Sachverständiger eine Betrachtung angestellt, die aus mehrfachen Gründen zum Widerspruch herausfordert. In einem Puncte ist ein solcher bereits in der „Nationalzeitung" erfolgt, welche die Berechtigung zu der Behauptung, „in staatlich überwachten preußischen Anstalten könne es keine Geheimnisse geben", unter Hinweis auf die Vorgänge im Alexianerkloster Mariaberg in Zweifel zieht. Die Erinnerung an jene Vorgänge hätte aber auch davon abhalten sollen, jedes in Laienschriften bekundete Interesse an der Handhabung der Irrenpflege in einzelnen Fällen als sachlich und moralisch minderwerthig herabzusetzen. Denn der

SLUB
Wir führen Wissen.